



<b>Titel</b>	Mensch, Struktur, Wandel: Unser Weg zum sozialistischen und ökologischen Umbau der Wirtschaft
<b>AntragstellerInnen</b>	Landesvorstand
<b>Zur Weiterleitung an</b>	

---

## Mensch, Struktur, Wandel: Unser Weg zum sozialistischen und ökologischen Umbau der Wirtschaft

1 Am 20. September 2019 waren in Deutschland über eine Millionen Menschen auf der Straße, um für den Klima-  
2 schutz und gegen die Ausbeutung unseres Planeten zu demonstrieren. Denn schon heute müssen Menschen  
3 flüchten, da sie ihrer Lebensgrundlagen beraubt wurden, Tier- und Pflanzenarten sind massiv vom Ausster-  
4 ben bedroht oder bereits verschwunden. Auf der ganzen Welt treten drastische Wetterphänomene in erhöhter  
5 Häufigkeit auf. All dies ist in Deutschland bereits spürbar, jedoch trifft es andere Regionen wie den Globalen  
6 Süden mit besonderer Härte. Die Wissenschaft prognostiziert ein düsteres Bild, was die Zukunft betrifft, be-  
7 sonders wenn die Einhaltung des Klimaschutzabkommens von Paris wie bisher durch die Politik nicht verfolgt  
8 wird. Die Menschen haben angesichts dessen einen großen Wurf beim Klimaschutz erwartet. Die Große Ko-  
9 alition hat wieder einmal bewiesen, dass sie höchstens den Minimalkonsens liefern kann. Die CDU beweist  
10 wieder einmal, dass sie ein Bremsklotz jeder progressiven Politik ist. Für uns ist klar, dass wir handeln müs-  
11 sen und nicht auf internationale Bemühungen und Kompromisse warten können, auch wenn diese weiterhin  
12 zur Lösung unabdingbar sind. Wir wollen ein wirtschaftliches und ökologisches Gegenkonzept zum neoliberalen  
13 Status Quo, ein Gegenkonzept zur Ausbeutung von Arbeitskraft, zur Ausbeutung von Menschen und zur  
14 Verschwendung natürlicher Ressourcen. Für uns ist es nie ein Entweder-Oder zwischen Arbeitsplätzen und  
15 Umweltschutz. Wir stehen für einen sozialverträglichen Ausstieg aus fossilen Energieträgern bei gleichzeitigen  
16 Infrastrukturmaßnahmen und -investitionen in den betroffenen Regionen. Und wir kämpfen für gute, tarif-  
17 gebundene und von Mitbestimmung geprägte neue Arbeitsplätze. Nur so kann Strukturwandel gelingen und  
18 nur so fahren wir das Rheinische Revier und die anderen Braunkohle-Revier nicht vor die Wand und können  
19 vielleicht einiges im Ruhrgebiet wieder geraderücken, was dort verpasst worden ist. Deshalb ist es uns wich-  
20 tig, dass die Art, wie über Klimaschutzpolitik diskutiert wird, nicht Menschen gegeneinander treibt. Wir sehen  
21 Klimapolitik deswegen in erster Linie als Umverteilungspolitik.

### 22 **Das sagen wir zur Energiewende**

23 Die Energiewende wird in der öffentlichen Debatte leider zu oft verkürzt auf eine Frage der Kraftwerke, auf  
24 "Kohle – ja oder nein?". Für uns ist dabei klar: Die Energieversorgung der Zukunft ist weder fossil noch atomar.  
25 Wir wollen den Ausstieg aus Kohle und Atom. Die Frage nach dem Datum des Kohleausstiegs ist dabei sowohl  
26 in der Gesellschaft als auch in unserem Verband hoch umstritten. Der Kompromiss der Kommission "Wachs-  
27 tum, Strukturwandel und Beschäftigung" (Kohle-Kommission), der schrittweise Ausstieg aus der Förderung  
28 von Braunkohle und Verstromung von Braun- und Steinkohle bis zum Zeitkorridor 2035 bis 2038 ist mutlos,  
29 ideenlos und das Ergebnis eines mangelnden Investitionswillens und kapitalistischer Unternehmensinteres-  
30 sen. Auf Seiten der Beschäftigten vor Ort und anderer lokaler Akteur\*innen herrscht große Unsicherheit, denn  
31 am Ruhrgebiet wird deutlich, welche Folgen ein gescheiterter Strukturwandel hat. Doch aufgrund der breiten  
32 Beteiligung der unterschiedlichen gesellschaftlichen Akteur\*innen in der Kommission – Arbeitgeber\*innen,  
33 Industrie, Gewerkschaften, Politik, die Kirchen, Umweltverbände und Bürger\*innen aus den betroffenen Re-  
34 vieren – kann der Kompromiss nicht einfach beiseite gewischt werden. Wir müssen alles dafür tun, dass die  
35 Energiewende sozial und schnell geschieht. Dazu müssen die notwendigen Voraussetzungen geschaffen wer-  
36 den:

- 37 • Ein wirklich tragfähiges Konzept für die betroffenen Regionen zur Umstrukturierung der Wirtschaft.

38 Wir können uns keinen weiteren gescheiterten Strukturwandel leisten. Eine Deindustrialisierung muss  
39 dabei verhindert werden.

40 • Die Demokratisierung der Wirtschaft: Solange kapitalistische Interessen Vorrang vor dem Gemeinwohl  
41 haben, kann es keine nachhaltige, soziale und ökologische Transformation geben.

42 • Massive Investitionen in den Umbau der Energieversorgung und Infrastruktur. Die Kosten müssen von  
43 denen getragen werden, die viel haben und geben können. Haushalte mit kleinen und mittleren Ein-  
44 kommen und ohne nennenswerte Vermögen müssen entlastet werden.

45 Wenn diese Bedingungen nicht nur politische Lippenbekenntnisse sind, sondern mit konkreten Plänen und  
46 Maßnahmen unterlegt werden, dann unterstützen wir einen schnelleren Kohleausstieg bis 2030. Wichtige Mei-  
47 lensteine auf dem Weg dahin sind die Ausgestaltung und Verabschiedung der institutionellen Verankerung des  
48 Ausstiegs in Form eines Gesetzespakets im Bundestag und die Überprüfungszeitpunkte 2023, 2026 und 2029,  
49 bei denen eine Revision der Maßnahmen stattfinden wird und nachgesteuert werden kann. Wir können keine  
50 einfachen Antworten geben – wir wollen Perspektiven aufzeigen.

### 51 **Sozialistischer Umbau des Unterbaus**

52 An folgenden Problemen und Widersprüchen in der Wirtschaft ändert sie jedoch nichts: Ausbeutung der Men-  
53 schen, ungleiche Bezahlung von Männern und Frauen, Schere zwischen Arm und Reich, Streben der Unter-  
54 nehmen nach Profit, fehlende Investitionen, ungleiche Verteilung von Gewinnen, zunehmende Privatisierung  
55 vor allem im öffentlichen Raum, fehlende Mitbestimmung insbesondere bei unternehmerischen Fragen in Be-  
56 trieben. Eine wirklich ökologische Wirtschaft kann es im Kapitalismus nicht geben, denn dieser ist immer an  
57 höchstmöglichen Profiten interessiert.

### 58 *Demokratisierung der Wirtschaft*

59 Bei der Demokratisierung von Unternehmen stellt sich für uns zwangsläufig die Frage des Privateigentums und  
60 der Enteignung. Wenn wir davon sprechen, dass wir Privateigentum enteignen wollen, meinen wir damit nicht  
61 die Zahnbürste und den Thermomix zuhause. Die möchten wir niemandem wegnehmen. Stattdessen fordern  
62 wir, dass Privatpersonen nur dann Eigentum an etwas haben dürfen, wenn der Besitz dieser niemandem sonst  
63 Schaden zufügt. Wenn Einzelpersonen Unternehmen besitzen, können sie die Beschäftigten ausbeuten und  
64 den erwirtschafteten Profit alleine behalten. Gehört ein Unternehmen allen dort Arbeitenden gemeinsam, kön-  
65 nen sie auch gemeinsam alle unternehmerischen Entscheidungen treffen. Eine Unternehmensform, die eine  
66 solche Mitbestimmung in den Betrieben zumindest zum Teil durchsetzt sind Genoss\*innenschaften. Deshalb  
67 wollen wir diese Unternehmensform fördern. Außerdem sollen öffentliche Aufträge unter anderem nach dem  
68 Kriterium der Mitbestimmung in den Betrieben vergeben werden. Langfristig streben wir an, dass alle Beschäf-  
69 tigten eines Unternehmens die unternehmerischen Entscheidungen für das Unternehmen gemeinschaftlich  
70 treffen. Wird ein neues Unternehmen gegründet, muss es diese Beteiligung aller Beschäftigten umsetzen, zum  
71 Beispiel in Form einer Genoss\*innenschaft, bei der alle Beschäftigten Mitglieder sind. Solange Unternehmen  
72 nicht nach diesen Regeln funktionieren, muss die Forderung weiterhin lauten, dass die betriebliche Mitbestim-  
73 mung um die unternehmerische Mitbestimmung erweitert werden muss.

74 Wir beobachten, dass es seit mehreren Jahrzehnten Entwicklungen dahin gibt, dass Unternehmen ihre Be-  
75 schäftigten indirekt steuern, ihnen also keine direkten Anweisungen für das Erledigen ihrer Arbeitsschritte  
76 geben, sondern sie ihre Arbeit selbst organisieren lassen. Sie geben ihnen lediglich die Rahmenbedingungen  
77 vor, bspw. Zeitrahmen, Budget, Kennziffern usw. Die Unternehmen machen das, weil sie bemerkt haben, dass  
78 diese Art des Produzierens die Produktivste ist und am meisten Gewinn erwirtschaftet. Momentan führt diese  
79 Art zu arbeiten zu Druck unter den Beschäftigten, Überlastung und oft auch zu Burnout. Allerdings lässt sich  
80 darin auch ein Potential beobachten: Die Beschäftigten haben ihre Produktivkraft so weiterentwickelt, dass sie  
81 fähig sind, ihre Arbeit alleine zu organisieren, ohne auf eine\*n Chef\*in angewiesen zu sein. Die Beschäftigten  
82 setzen sich aber nicht nur mit ihrer Arbeit auseinander und wie sie am produktivsten für das Unternehmen  
83 arbeiten können, sondern zunehmend auch damit, ob ihre Arbeit und die Produktion gesellschaftlich sinn-  
84 voll ist. In einem Technikkonzern beispielsweise hat ein Team von Beschäftigten den Auftrag bekommen, eine  
85 Drohne zu entwickeln, die möglichst gezielt Menschen abschießen kann. Sie haben sich geweigert, diese Tech-  
86 nologie zu entwickeln, weil sie es moralisch ablehnen, Menschen zu töten. Die Unternehmensleitung konnte  
87 den Auftrag nicht selbst erfüllen, da ihnen das benötigte technische Know-How fehlte. Dieses besitzen nur  
88 die Beschäftigten beziehungsweise die Arbeitskraft. Das Unternehmen verlor dadurch viel Geld. Eine ande-

89 re Gruppe von Beschäftigten hatte Ideen dafür, einen emissionsarmen Motor zu bauen. Der Autohersteller  
90 lehnte ab – wegen zu hoher Produktionskosten. Wir sehen also, dass Beschäftigte auch andere Faktoren in  
91 ihre Arbeit miteinbeziehen als die der Profitmaximierung. Deshalb fordern wir: Beschäftigte müssen Unter-  
92 nehmen selbst besitzen, damit sie demokratisch über die Organisation und Produktion entscheiden können.  
93 Durch demokratische Betriebsorganisation können ökologische Faktoren und Geschlechtergerechtigkeit auch  
94 unabhängig von Profitmaximierung durch die Beschäftigten berücksichtigt werden.

95 Um den Beschäftigten die Möglichkeit zu geben selbst zu bestimmen, was sie wie produzieren müssen wir  
96 die Betriebe demokratisieren und die Möglichkeit zur Einbeziehung sozialer, feministischer und ökologischer  
97 Interessen in die Produktion sein.

98 Um die betriebliche auf unternehmerische Mitbestimmung auszuweiten, wollen wir die Mitbestimmungsrech-  
99 te in §87BetrVG um die Mitbestimmung in wirtschaftlichen Fragen ausweiten. Wirtschaftsausschüsse sollen  
100 aufgewertet werden, indem ihnen nicht mehr nur ein Beratungs-, sondern auf ein Mitbestimmungsrecht zu-  
101 kommt.

102 Feminismus ist für uns ein Kampf, den wir in allen Lebensbereichen kämpfen, deshalb wollen wir erreichen,  
103 dass es in allen Betrieben gewählte Gleichstellungsbeauftragte beziehungsweise Gleichstellungsausschüsse  
104 gibt.

105 Unser Ziel ist die Demokratisierung aller Unternehmen; um dieses Ziel über die betriebliche Mitbestimmung  
106 zu erreichen ist es notwendig, dass es in allen Betrieben Betriebsräte gibt. Gemeinsam mit unseren europäi-  
107 schen und weltweiten Schwesterparteien setzen wir uns angesichts internationaler Produktionsketten auch  
108 für grenzübergreifende Mitbestimmung ein und unterstützen die Bildung gemeinsamer europäischer Gewerk-  
109 schaften und den Ausbau der International Labour Organisation.

## 110 **Ökologischer Umbau**

111 Jahrzehntelang wurde das Energiesystem in drei weitestgehend voneinander getrennte Sektoren konzipiert:  
112 Strom, Wärme, Mobilität. Die einzelnen Energieträger, die Energieproduktion und -verteilung der Sektoren  
113 operierten relativ unabhängig von den jeweils anderen. Dies wird in Zukunft nicht mehr möglich sein und  
114 stellt einen Paradigmenwechsel und eine Herausforderung dar.

### 115 *Energie und Speicher*

116 Der Energiemix und die Energiewende müssen europäisch gedacht werden. Die Vernetzung und Einbeziehung  
117 der Nachbarländer ist nicht nur eine politische, sondern auch eine logische Notwendigkeit. So divers wie ein  
118 Energiemix aussehen muss, der ohne fossile Energieträger auskommt, in dem Wind, Wasser, Sonne, Biogas  
119 und viele mehr einen Teil stellen müssen, so divers muss auch der Mix an Speichertechnologien sein. Systeme,  
120 die nur auf eine Technologie setzen, sind störungsanfälliger und lassen außen vor, dass sich die unterschied-  
121 lichen Vorteile der einzelnen Speicher ergänzen und die jeweiligen Nachteile ausgleichen können. Wo fossile  
122 Kraftwerke weitestgehend standortunabhängig realisiert werden können, ist dies bei Erneuerbaren und ei-  
123 nigen Speichertypen komplett anders. Natürliche Gegebenheiten wie Stauseen und Flüsse zur Gewinnung  
124 von Wasserkraft, sonnenreichere Regionen für Solar und Photovoltaik (PV) und windreichere Regionen für  
125 Onshore und Offshore geben quasi geographisch vor, an welchen Standorten welche Anlagen am effektivsten  
126 sind. Deshalb muss auf eine größere Steuerung geachtet werden. Es ist nicht länger legitim, wenn sich einzelne  
127 Regionen beispielsweise dem Ausbau von Windkraftanlagen versperren. Ein wichtiger Punkt muss deshalb, so-  
128 wohl beim Anlagen- als auch beim Netzausbau sein, dass berechtigte Bürger\*innenproteste konstruktiv in die  
129 Prozesse einfließen können, aber unberechtigte Proteste (nach dem Prinzip: Nicht hinter meinem Haus) nicht  
130 auf Jahre Vorhaben ausbremsen. Eine bessere Förderung von staatlicher Seite für Windenergieanlagen ist da-  
131 bei unabdingbar, um den stockenden Ausbau wieder voranzubringen. Die Festlegung immer weitergehender  
132 Abstandsregeln ist dagegen kontraproduktiv. Außerdem müssen Anreize gesetzt werden, damit wieder mehr  
133 Unternehmen, die sich auf erneuerbare Energien spezialisieren, sich in Deutschland und Europa ansiedeln  
134 und Europa somit den weiteren Anschluss auf internationaler Ebene nicht verpasst.

135 Denn besonders bei dem Punkt von Produktion und Verteilung von Strom wird es einen weiteren Paradig-  
136 menwechsel geben. Das bisherige Energiesystem war auf wenige Großkraftwerke ausgerichtet, von denen  
137 aus Strom dann auch in durchaus weiter entfernte Gebiete transportiert worden ist. Über je weitere Strecken  
138 Strom geleitet wird, desto höher sind die Energieverluste. Bei Windkraft- und Solar-/PV-Anlagen besteht nicht  
139 die Notwendigkeit einer zentralisierten Aufstellung; es ist auch gar nicht in selben Maße möglich, da in Relation

140 zur Kapazität von Anlagen, die mit fossilen oder atomaren Energieträgern arbeiten, mehr Fläche benötigt wird.  
141 Die regenerativen Anlagentypen können ohne unverhältnismäßigen Kostenaufwand dezentral organisiert wer-  
142 den. So muss zum Beispiel stärker fokussiert werden, mehr Gebäude mit Solar-/ und PV-Anlagen auszustatten  
143 und dies bei Neubauten auch von Anfang an in die Planungen einzubeziehen, um daraus einen neuen Stan-  
144 dard zu entwickeln. Dadurch ergeben sich Effizienzgewinne. Analog dazu muss das System der Energiespeicher  
145 konzipiert werden. Diese werden in Zeiten von Überkapazitäten geladen und in Zeiten von Unterkapazitäten  
146 entladen. Inwiefern ein dezentrales, subsidiär arbeitendes System effizienter ist als ein zentrales oder eine  
147 Mischform, muss im Hinblick auf die Möglichkeiten und vor allem den Willen zum Netzausbau und -umbau  
148 bewertet werden, da ein dezentrales System größere Veränderungen benötigt. Ein absolutes Novum würde  
149 dies aber nicht darstellen: So wie jedes Haus über eine eigene Warmwasseraufbereitung verfügt, ist auch die  
150 Ausstattung mit adäquaten Speichergeräten realistisch.

151 Die Strompreise für Haushalte in Deutschland gehören zu den höchsten in Europa. Dies liegt an marktwirt-  
152 schaftlichen Mechanismen und den bisherigen Steuer- und Abgabenregelungen, die im Zusammenhang mit  
153 dem Ausbau regenerativer Energien steht. Diese sind in den vergangenen 20 Jahren so stark angestiegen, dass  
154 es für Haushalte mit niedrigen Einkommen eine besondere Belastung darstellt. Denn von Windkraft- und Solar-  
155 / Photovoltaik-Anlagen kann nur profitieren, wer Fläche und Kapital hat, um diese oder Anteile an bestehenden  
156 Anlagen zu erwerben. Daraus kann aber nicht folgen, dass der Ausbau der Erneuerbaren gestoppt werden  
157 muss, sondern dass die Kosten für den Umbau der Energieversorgung anders verteilt und kleine und mittlere  
158 Einkommen entlastet werden müssen. Insgesamt muss das Energiesystem, zugunsten von Preisstabilität und  
159 Versorgungssicherheit dem Spiel des freien Marktes entzogen werden. Das unbedingte Gewinnstreben und  
160 der Zwang zur Renditenerhöhung konterkarieren das Gemeinwohl. Zu diskutieren wären die angemessenen  
161 Maßnahmen, beispielsweise ob ein Renditendeckel zielführend ist und wie die Rolle der Stadtwerke in diesem  
162 System ist, da sie als kommunale Gesellschaften anders arbeiten können als Aktienunternehmen.

### 163 *Wärme*

164 Der Transformationsbedarf ist im Wärme-Sektor noch viel höher als im Strom-Sektor. Während letzterer einen  
165 Anteil an Erneuerbaren Energien von aktuell ca. 36 % an der Nettostromerzeugung verzeichnet, liegt dieser  
166 Wert im Bereich Wärme bei gerade einmal 15 %. Einen Beitrag zur Umstrukturierung kann die Kraft-Wärme-  
167 Kopplung (KWK) liefern. Abwärme, die bei der Produktion elektrischen Stroms entsteht, kann als Nah-, Fern  
168 oder Prozesswärme genutzt werden. Die Dezentralisierung kann auch hier mittels einzelner Blockheizkraft-  
169 werke in Wohngebieten geschehen. Eine weitere Stellschraube liegt in Wärmenetzen. Das Fraunhofer-Institut  
170 für Energiewirtschaft und Energiesystemtechnik IEE verweist darauf, dass sich durch die leitungsgebundene  
171 Wärmeverteilung eine höhere Flexibilität erreichen lässt, die bei der Kopplung mit regenerativen Kraftwer-  
172 ken notwendig ist, um eine effiziente und gleichzeitig versorgungssichere Energiebereitstellung zu realisie-  
173 ren.

174 In den vergangenen Jahren sind besonders im Bereich von Braun- und Steinkohlekraftwerken KWKen errichtet  
175 worden, womit viele Haushalte mittels Fernwärmeleitungen mit Wärme versorgt werden. Dies ist besonders  
176 relevant, wenn über die Abschaltung der entsprechenden Kraftwerke gesprochen wird. Die Fernwärmeleitun-  
177 gen müssen substituiert werden und dies kann im Sinne einer ökologischen Transformation natürlich nicht  
178 durch einen Ersatz mittels einer Beheizung durch Erdgas geschehen und stellt deshalb eine besondere Her-  
179 ausforderung dar. Bei allen Kraftwerken, die bislang mit fossilen Brennstoffen betrieben wurden, sollte geprüft  
180 werden, inwiefern die vorhandene Infrastruktur genutzt und diese auf regenerative Brennstoffe umgestellt  
181 werden können, wie beispielsweise Gas- und Dampf-Anlagen.

### 182 *Mobilität*

183 Mobilität ist ein Grundrecht aller Menschen. Um an einer modernen Gesellschaft überhaupt teilhaben zu kön-  
184 nen, muss jede und jeder in der Lage sein ohne Probleme von A nach B zu kommen. Ziel ist es weiterhin, den  
185 Verkehr von der Straße und aus der Luft auf die Schiene zu bringen. Dazu bedarf es eines gut ausgebauten  
186 öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV). Wir haben aktuell weder quantitativ noch qualitativ einen befriedi-  
187 genden Status erreicht. Es gibt erhebliche Ausbaubedarfe in den Städten und im ländlichen Raum. Innovative  
188 Verkehrskonzepte, wie zum Beispiel die Nutzung von Seilbahnen oder fahrer\*innenlosem ÖPNV müssen da-  
189 für stärker in Betracht gezogen werden, um sowohl viel genutzte Strecken zu entlasten als auch Gebiete zu  
190 erschließen, die schlecht angebunden sind. Je mehr Menschen den ÖPNV nutzen, desto besser ist dies in öko-  
191 logischer Hinsicht. In ländlichen Regionen wird jedoch auf absehbare Zeit der motorisierte Individualverkehr

192 nicht ersetzbar sein. Deshalb muss dieser von fossilen Antrieben hin zu Elektro und power-to-x, ganz im Sinne  
193 der Sektorenkopplung umgestellt werden. Zu Lithium-Ionen-Akkus allerdings brauchen wir langfristig Alternativen.  
194

195 Des Weiteren halten wir an dem Ziel eines fahrscheinlosen und für alle kostenlosen ÖPNVs fest. Mobilität hört  
196 aber nicht an der Stadt- oder der Verkehrsverbundsgrenze auf. Es bedarf auch einer genauen Betrachtung des  
197 Fernverkehrs. Wir kritisieren die Unverhältnismäßigkeit der Preise von öffentlich gefördertem Bahnverkehr  
198 und privat finanzierten Fernbussen. Reisen mit dem Fernverkehr müssen für alle bezahlbar sein. Vor diesem  
199 Hintergrund begrüßen wir die beschlossene Senkung der Mehrwertsteuer auf Bahntickets.

200 Ferner soll es einen Fokus auf die Nutzung von Fahrrädern geben, dies beinhaltet auch eine Anpassung der  
201 Schnittstellen zum ÖPNV. Ein zentrales Ziel ist also, die Verkehrswege auf die Mobilitätsbedürfnisse der Zukunft  
202 einzustellen (ob beim Schienennetz oder Fahrradstraßennetz).

203 Neben der Personenbeförderung spielt auch der Gütertransport eine entscheidende Rolle. Wir wollen nicht,  
204 dass immer weitere Autobahnen unsere Umwelt zerstören, sondern fordern einen Ausbau vor allem der Schiene  
205 und der Binnenschifffahrt.

#### 206 *Forschung und Innovation*

207 Eine wichtige Rolle in all dem spielt die Forschung. Neben dem Bau neuer Anlagen und von Infrastruktur wird  
208 die Entwicklung und Weiterentwicklung neuer Technologien entscheidend beim Umbau des Energiesystems  
209 sein. In nahezu allen Bereichen sind Effizienzsteigerungen nötig. Dies kann nur durch wissenschaftliche Arbeit  
210 ermöglicht werden. Der Staat muss auch hier aktiv sein. Nicht in dem Sinne, dass in die Wissenschaft eingegriffen  
211 wird, sondern dass ausreichend Mittel bereitgestellt werden. Ein Teil sollte dabei in die Erforschung  
212 konkreter Technologien fließen. Ein anderer Teil sollte aber auch die Grundlagenforschung unterstützen. Bei  
213 dieser ist ein konkreter Nutzen zwar nicht immer absehbar, er wird sich aber in vielen Fällen nach einiger Zeit  
214 ergeben. Personen, die statt staatlich unterstützter Forschung die Innovationskraft des freien Marktes preisen  
215 sei gesagt: Im weltweit bekanntesten Smartphone ist nicht ein einziges Stück Technik verbaut, dass nicht entweder  
216 aus staatlich subventionierter Forschung oder direkt aus staatlichen Forschungsprogrammen heraus  
217 entstanden ist. Um Innovation besser zu fördern wollen wir, dass der Staat Start-Ups stärker als bisher mit  
218 Wagniskapital unterstützt. Allerdings darf der Staat hierbei nicht nur einseitig an Verlusten beteiligt werden,  
219 sondern sollte im Erfolgsfall auch an Gewinnen beteiligt werden.

#### 220 *Ressourcen und Kreislaufwirtschaft*

221 Am 3. Mai 2019 hat Deutschland alle nachwachsenden Ressourcen verbraucht, die für dieses Jahr zur Verfügung  
222 standen. Deutschland wirtschaftet nicht ansatzweise nachhaltig und ressourcenschonend; in den anderen  
223 westeuropäischen Staaten sieht es nicht anders aus. Stattdessen beobachten wir, dass in Wien täglich so  
224 viel Brot weggeschmissen wird, wie in Graz gegessen wird; dass jährlich 230.000 Rinder für den deutschen  
225 Müll geschlachtet werden; dass Flüsse in der Provence austrocknen, weil das Wasser für die Landwirtschaft  
226 genutzt wird. Wer ein Interesse daran hat, dass die Menschheit auch in mehreren Jahren noch natürliche Ressourcen  
227 nutzen kann, muss sich mit alternativen Formen des Wirtschaftens beschäftigen. Eine davon ist die  
228 Kreislaufwirtschaft. Sie sieht vor, dass Produkte so designt und konzipiert werden, dass bei ihrer Produktion  
229 minimal Müll anfällt und dass, wenn sie kaputt gehen sollten, die defekten Teile ausgewechselt, recycelt und  
230 wiederverwendet werden können. Dadurch soll ein Ressourcenkreislauf entstehen. Alle Rohstoffe, die diesen  
231 Kreislauf einmal betreten, sollen möglichst lange, wenn nicht gar für immer, darin verbleiben. Die Kreislaufwirtschaft  
232 setzt darauf, dass Produkte möglichst lange genutzt werden können und keine Mechanismen eingebaut werden  
233 dürfen, die technische Geräte absichtlich langsamer werden lassen bzw. ihre Lebensdauer verkürzen. Diese Art zu wirtschaften  
234 ist ressourcenschonend und umweltfreundlich und daher sinnvoll. In einer sozialistischen Wirtschaft muss ökologisch  
235 gewirtschaftet werden; dafür ist die Kreislaufwirtschaft eine gute Möglichkeit. Die Kreislaufwirtschaft kann als ein  
236 Aspekt einer veränderten Wirtschaftsweise verstanden werden kann, als ein Schritt in die richtige Richtung, der aber  
237 nicht ausreicht, um alle Probleme zu lösen. Dafür braucht es nach wie vor eine durch die Beschäftigten demokratisch  
238 organisierte und damit sozialistische  
239 Wirtschaft.

#### 240 **Woanders ist auch scheiße**

241 Der Umbau des Energiesystems wird umfassende Baumaßnahmen, die Errichtung neuer Anlagen zur Produktion,  
242 Verteilung und Speicherung von Energie und die Veränderung der Infrastruktur benötigen und damit

243 ebenfalls einen sehr hohen Arbeitsbedarf erfordern. Wenn also einerseits ein riesiger Bedarf an Arbeitskraft  
244 besteht und bestehen wird, der vor allem von Menschen geleistet werden wird und es andererseits Regionen  
245 gibt, in denen alte Wirtschaftszweige auslaufen und nicht weiter bestehen können müssen diese beiden Sei-  
246 ten zusammengebracht werden. Konkret heißt das: Bei allem, was für die Transformation produziert, installiert  
247 und gebaut werden muss, sind die zu beauftragenden Unternehmen priorisiert in den ehemaligen Braun- und  
248 Steinkohlerevieren anzusiedeln oder Unternehmen den Vorzug zu geben, die bereits in der Region verortet  
249 sind und gute tarifliche Arbeitsbedingungen bieten. Außerdem wollen wir für die Dauer des Transformations-  
250 prozesses die Vergaberichtlinien für öffentliche Aufträge ändern. In den (ehemaligen) Revieren sollen nach  
251 Vorbild des Preston Modells der Labour Party Aufträge nicht mehr nur nach dem Kriterium der Wirtschaft-  
252 lichkeit vergeben werden, sondern vor allem nach dem Nutzen für die regionale Wirtschaft. Die potentielle Ar-  
253 beitskraft muss als Standortvorteil genutzt werden. Für Speichertechnologien mit hoher Arbeitsintensität (zum  
254 Beispiel für Betrieb und Wartung), die bei gleicher Effizienz an verschiedenen Standorten gleichsam eingesetzt  
255 werden könnten, sollte ebenfalls das Arbeitskräftepotential ein Entscheidungskriterium darstellen. Grundsätz-  
256 lich sollten vor Ort ansässige Unternehmen und kommunale Entscheidungsgremien in die neue Gestaltung  
257 der entstehenden Brachflächen eingebunden werden. Auch mögliche Forschung zu Speichertechnologien und  
258 Energie- und Klimaforschung sollte vor Ort angesiedelt oder Aufträge an bereits bestehende Forschungsein-  
259 richtungen vergeben werden, um den lokalen Arbeitsmarkt zu stärken und die Akzeptanz in der Bevölkerung  
260 zu erhöhen. Dabei muss darauf geachtet werden, dass neu entstehende Arbeitsplätze nicht nur im rein aka-  
261 demischen Bereich liegen, sodass das Arbeitskräftepotential aus den Bergbauunternehmen genutzt werden  
262 kann. In den Regionen, in denen der Braunkohlebergbau jetzt eingestellt wird, müssen nicht nur neue Arbeits-  
263 plätze entstehen, sondern auch Investitionen in Wohnen, Infrastruktur und Bildung fließen – vom KiTa-Platz  
264 bis zu Hochschule. Denn Investitionen in Neugründungen von Universitäten und Hochschulen sind ein Bau-  
265 stein von Bedeutung, da sie zur Innovation beitragen und junge Menschen in die Region holen. Diese bringen  
266 innovative Projekte voran, die sich direkt vor Ort ansiedeln können und somit Regionen beleben.

267 An den (ehemaligen) Bergbaustandorten sollte auch eine örtliche Nachnutzung im Fokus stehen, damit kei-  
268 ne großen Brachflächen entstehen. Neben der Renaturierung, die vor allem in Braunkohlerevieren eine Rolle  
269 spielt, sollte die vorhandene Infrastruktur für jedwede energetische Weiternutzung genutzt werden, um res-  
270 sourcenschonend zu arbeiten. Hierbei sind vor allem Speichertechnologien wie power-to-x oder Pumpspei-  
271 cherwerke zu fördern, wenn sie die bestehende Infrastruktur des Bergbaus weiterhin nutzbar machen kön-  
272 nen. Außerdem sollten die neu entstehenden Flächen auch kommunaler Nutzung zugeführt werden können,  
273 wenn die Flächen etwa infrastrukturell so gut angebunden sind, dass sich Wohnungsbau hier eignet, um dem  
274 immer knapper werdenden sozialen Wohnungsbau entgegenzutreten zu können.

## 275 *Industrie*

276 Der notwendige Strukturwandel stellt die Industrie nicht nur im Rheinischen Revier vor eine enorme Heraus-  
277 forderung. Doch Transformationsprozesse können und sollen in erster Linie auch als Chance gesehen werden.  
278 Wenn es uns gelingt, mit industriepolitischen Eingriffen Strukturbrüche zu vermeiden, schaffen wir soziale Si-  
279 cherheit für die Beschäftigten in der Region.

280 Doch was bedeutet Industriepolitik überhaupt? Während Konservative und Neoliberale sich auf allgemeine  
281 Förderungen beschränken und darauf hoffen, dass der Markt es schon regeln werde, fordern wir Jusos ge-  
282 zieltere Maßnahmen. Industriepolitik muss für uns strategisch, innovativ und vorausschauend sein. Um den  
283 Strukturwandel zu meistern, brauchen wir eine aktive Industriepolitik. Der Staat soll Motor für Innovation sein.  
284 Doch gleichzeitig ist der Staat auch dafür zuständig, welche Art von Innovation zulässig ist. Wollen wir die Wirt-  
285 schaft wirklich umbauen, müssen wir Segmente definieren, die der Staat gezielt fördern soll. Und gleichzeitig  
286 müssen wir bestimmte Arbeitnehmer\*innen-, sowie Umwelt- und Nachhaltigkeitsstandards als Bedingungen  
287 formulieren damit eine sozial-ökologische Transformation gelingen kann. Dazu braucht es allerdings eine enge  
288 Abstimmung zwischen betroffenen Kommunen, Land und Bund und Gewerkschaften.

289 Der Staat kann und soll den Strukturwandel aktiv lenken und gestalten, um gute Arbeitsplätze zu erhalten und  
290 neue zu schaffen. So können wir beweisen, dass Energiewende und Industrie keine Widersprüche sind.

## 291 **Wo kommt die Kohle her?**

292 Die Perspektiven, die wir für die soziale und ökologische Transformation aufzeigen bedeuten zweifelsohne  
293 einen riesigen Investitionsbedarf. Die Frage danach, wie all das finanziert werden soll, kann zumindest in ne-  
294 gativer Weise sehr kurz beantwortet werden: Die Hauptlast darf nicht bei Haushalten mit kleinen und mittleren

295 Einkommen liegen. Und das ist auch gar nicht notwendig, denn es gibt viele, mehr als gut situierte natürliche  
296 und juristische Personen, welche problemlos mehr finanzielle Verantwortung tragen können, ohne dadurch  
297 in Bedrängnis zu geraten.

298 Dafür brauchen wir auch im haushaltspolitischen Bereich eine Wende. Schuldenbremse und schwarze Null  
299 sind Ausdruck der Aufgabe eines politischen Gestaltungsanspruchs. Der konservative, zunächst moralisch vor-  
300 gebrachte Verweis auf künftige Generationen für die Begründung einer schwarzen Null muss als das enttarnt  
301 werden, was es ist: Neoliberale Verteilungsinteressen in der Gegenwart. Und jetzt, da sich die Bundesrepublik  
302 für historisch niedrige Zinsen refinanzieren könnte, wird die absurde Tragik der Schuldenbremse besonders  
303 deutlich. Die Politik muss das buchstäblich geschenkte Geld auf der Straße liegen lassen, während die öffentli-  
304 che Infrastruktur verfällt und in Zukunft mit hohen Folgekosten zu Buche schlägt. Aber auch ohne die politisch  
305 falsche Entscheidung der Schuldenbremse zurückzunehmen, stehen uns immerhin 0,35% des BIP, also ca.  
306 11,7 Milliarden Euro pro Jahr für Investitionen zur Verfügung. Aber selbst dieser Spielraum wird zugunsten der  
307 schwarzen Null nicht ausgenutzt und das, obwohl es noch nie so günstig für den deutschen Staat war, sich  
308 Geld zu leihen. Die Einhaltung der Schuldenbremse führt dazu, dass Investitionen die ersten Ausgaben sind,  
309 die gekürzt werden.

310 Wer eine gute Zukunft will, muss schon heute etwas dafür bezahlen. Damit der Staat die Voraussetzungen  
311 für eine gute Zukunft gestalten kann, muss er mit den nötigen finanziellen Mitteln und Möglichkeiten ausge-  
312 stattet sein. Die staatlichen Einnahmen müssen durch eine verantwortungsvolle und gerechte Steuerpolitik  
313 (Vermögenssteuer, Einkommenssteuer, Erbschaftssteuer, Finanztransaktionssteuer, Körperschaftssteuer, Ka-  
314 pitalertragssteuer) erhöht werden. Darüber hinaus fordern wir die Rücknahme der Schuldenbremse. Disku-  
315 tiert werden sollte auch die Bildung eines Staatsfonds. Kurzfristig soll der gesamte Spielraum der aktuellen  
316 Gesetzeslage für Zukunftsinvestitionen ausgenutzt werden.

317 Besonderer Handlungsbedarf besteht in Deutschland bei den Vermögen. In der Eurozone sind diese nur in  
318 Litauen ungleicher verteilt, Deutschland nimmt eine traurige Spitzenposition ein. Die reichsten 10% der Haus-  
319 halte besitzen 60% des Gesamtvermögens. Nicht nur aus Aspekten der Verteilungsgerechtigkeit ist dies ein  
320 Problem. Viele Ökonom\*innen gehen davon aus, dass eine zu starke Ungleichheit in einem Land das Wachs-  
321 tum bremst. Aber massive Ungleichheit hindert nicht nur Wachstum, sondern führt zu auch sozialen Spannun-  
322 gen. Eine starke, auf hohe Vermögen konzentrierte Steuer kann also einerseits dazu beitragen, den Umbau  
323 des Energiesystems zu finanzieren und andererseits helfen, die Ungleichheit zu verringern, zugunsten einer  
324 gerechten Gesellschaft mit wirklichen Aufstiegschancen.

325 Einen weiteren Beitrag müssen Multinationale Unternehmen leisten. Aktuell können diese, wenn sie in mehre-  
326 ren Ländern mit sehr unterschiedlichen Steuersystemen und -niveaus agieren, Gewinne und Verluste oftmals  
327 so beliebig hin und her schieben, dass sie an vielen Standorten nahezu keine Steuern zahlen müssen. Un-  
328 ternehmen wie Facebook und Starbucks sind dafür nur die Spitze des Eisbergs. Deshalb brauchen wir mehr  
329 Transparenz. Viele Steuervermeidungs- und Steuerhinterziehungspraktiken sind nur dann aufzudecken, wenn  
330 die Geschäftszahlen aller Teilgesellschaften eines Konzerns bekannt sind. Finanzbehörden müssen internatio-  
331 nal kooperieren und Daten über Umsätze, Gewinne und Steuerleistungen etc. der einzelnen Standorte austau-  
332 schen; sie müssen über genug personelle und materielle Kapazitäten verfügen, um die komplexen Geschäfts-  
333 modelle und Kennzahlen analysieren und bewerten zu können. Zur Aufarbeitung der illegalen Modelle müssen  
334 Schwerpunktstaatsanwaltschaften herangezogen werden und die Strafen für Steuerhinterziehung müssen so  
335 ausgestaltet sein, dass das Risiko ökonomisch uninteressant wird. Und wir brauchen mehr internationale Rege-  
336 lungen. Wenn Unternehmen multinational agieren, ist klar, dass auch Politik dies tun muss. Es muss im Grund-  
337 satz gelten, dass dort wo die Produktion stattfindet oder die Dienstleistung erbracht wird, darauf auch Steuern  
338 zu zahlen sind. Aggressiver Steuergestaltung, die beispielsweise durch künstlich festgelegte Verrechnungsprei-  
339 se und Lizenzgebühren und den bewussten Einsatz von Fremdfinanzierung Gewinne in Niedrigsteuerländer  
340 verschiebt, wollen wir einen Riegel vorschieben. Eine Digitalsteuer kann dabei ein Teil der Lösung sein. Kurz-  
341 und mittelfristig braucht es in der EU Abkommen zur Mindestbesteuerung von Unternehmen. Es sollte zudem  
342 geprüft werden, ob Unternehmen mit Standorten in mehreren EU-Staaten eine europäische Körperschaft als  
343 Dachgesellschaft bilden müssen. Langfristig wollen wir eine europäische Steuergesetzgebung. Für viele der  
344 jetzigen Steueroasen stellen diese Geschäftspraktiken einen nennenswerten volkswirtschaftlichen Faktor dar.  
345 Es müssen ihnen – bei gleichzeitiger Bekämpfung – andere Perspektiven aufgezeigt werden.

346 **Schritt für Schritt zum Fortschritt**

347 Ganz im Sinne der Doppelstrategie wollen wir diesem Konzept nicht nur Einfluss auf die Positionierung un-  
348 serer Partei nehmen, sondern darüber auch in den Austausch mit anderen gesellschaftlichen Akteur\*innen  
349 kommen. Insbesondere in den vom Wandel betroffenen Regionen, wo die Gräben zwischen manchen Grup-  
350 pen in der "Kohle-Frage" unüberbrückbar scheinen, wollen wir unsere Ideen vorstellen. Es ist möglich, soziale  
351 und ökologische Aspekte zusammen zu denken und zusammen zu bringen. Dafür braucht es einen aktiven  
352 Staat, es braucht sozialistische Politik. Denn die sozial-ökologische Transformation ist das Projekt der nächs-  
353 ten Jahrzehnte, sie wird große Veränderungen mit sich bringen, die progressiv gestaltet werden müssen, damit  
354 sie für die Menschen nicht Sorgen bedeuten, sondern Fortschritt und Verbesserungen, egal ob national oder  
355 global.